**Es geht um die Freiheit, nicht nur in Kiew**

Wenn in der Ukraine Krieg geführt wird, Zehntausende umgebracht, Millionen vertrieben werden, dann geht es nicht «nur» um Machtpolitik und Geländegewinne. Es geht um einen Inhalt: Freiheit. Und das nicht nur in der Ukraine. Auch anderswo. Letztlich auch in der Schweiz.

Russland zerbombt ein Nachbarland, das es «heim ins Reich» holen möchte. China führt mit Taiwan Ähnliches im Schild. Beide haben sich zu imperialistischen Mächten entwickelt: das eine mit militärischer Gewalt, das andere derzeit vor allem über wirt­schaftliche Abhängigkeiten.

Gleichzeitig geraten immer mehr demokratisch ausgerichtete Länder unter den Ein­fluss von Antidemokraten. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien, Italien, Ungarn, Polen, aber auch Frankreich, Schweden, Österreich und andere stehen unter heftigem Druck von Rechtsaussen. Auf den arabischen Frühling folgte ein kalter Herbst. In Asien, Afrika, Lateinamerika sind demokratische Systeme ebenfalls auf dem Rückzug.

**Auch die Schweiz ist letztlich gefährdet**

Auch hier in der Schweiz verhöhnen Populisten Regierung, Parlament und Gerichte und damit die institutionelle Basis der Demokratie, das Fundament der Freiheit. Auch hier verbreiten sich völlig absurde Thesen in Windeseile über Internet-Plattformen an zehntausende Gläubige, die nicht unterscheiden können zwischen organisierter Hetze und Information. Auch hier wird ein aggressiver Diktator wie Putin als Tugendvorbild in einer Opferrolle dargestellt, ein rechtsextremer Fanatiker wie Steve Bannon mit offenen Armen empfangen. Gleichzeitig gehen wirklich demokratische Tugenden zu­sehends verloren: Der politische Anstand, der Respekt vor der anderen Meinung, die Suche nach dem Kompromiss. Auch das Bewusstsein, dass die Freiheit des Einzelnen ihre Grenze an derjenigen des Nächsten finden muss.

Die Reaktion der demokratisch gesinnten Mehrheit zu solchen Entwicklungen ist noch immer sehr zurückhaltend. Dabei ist in dieser hässlichen neuen Welt im Kampf um Freiheit jede Gegenkraft herausgefordert. Auch die Eidgenossenschaft. Wird die De­mokratie und mit ihr die Freiheit global zurückgedrängt, ist sie auch bei uns in Ge­fahr. Es geht um eine globale Tendenz, gegen welche ein kleines Land allein nicht angehen kann. Nötig ist das Zusammenspiel im Verbund. Dabei nimmt die Europäische Union eine global relevante Rolle wahr. Es liegt im Schweizer Eigeninteresse, sich am Engagement der EU für freiheitliche Gesell­schaften zu beteiligen. Wieder zu hoffen, dass andere den Kampf für uns führen, dabei «neutral» wegzuschauen, ist nicht nur verantwortungslos, sondern auch riskant.

**Wir sind auf andere angewiesen**

Wir sind keine Insel, wir haben Nachbarn und wir sind eng mit ihnen vernetzt. Nur haben wir in dieser Nachbarschaft absolut nichts zu sagen. Das darf nicht sein. Mehr und mehr zentrale Bereiche werden unserer demokratischen Selbstbestimmung ent­zogen, wenn wir uns nicht auf den Ebenen engagieren, auf denen die relevanten Diskussionen und Entscheidungen erfolgen. Beispielsweise im globalen, sehr demo­kratie-relevanten Bereich der Regulierung von Google, Apple, Facebook, Amazon, Twitter, etc., welche immense Reichtümer und enorme weltweite Macht ansammeln, jenseits jeder demokratischen Kontrolle. Das freiheitssichernde Primat der Politik geht verloren. In diesem speziellen Bereich ist die EU mit einiger Wirkung aktiv – sie ist in diesem Bereich faktisch die einzige weltweit wirksame Regulierungs­macht. Im Verhältnis der Schweiz zur EU ist deshalb dringend ein Paradigmen­wechsel erforderlich. Die Schweiz, ihre direkte Demokratie, muss EU-tauglicher werden, wenn ihre Selbstbestimmung in ganz zentralen Fragen nicht an der Landes­grenze Halt machen soll.

**Es geht um Demokratie und damit um Freiheit**

Der Krieg gegen die Ukraine hat ein neues Gefahrenbewusstsein wachgerufen. Dieses muss aber mit Inhalten ausgefüllt werden, die weit über die militärische Abwehr eines diktatorischen Regimes hinausgehen. So wie im Kalten Krieg die soziale Marktwirtschaft dazu beitrug, die westlichen Gesellschaften einigermaßen zusammenzuhalten, so sehr ist heute eine ökosoziale Marktwirtschaft vonnöten. Werden in wirtschaftlich härteren Zeiten und mitten im ökologischen Umbau der Wirtschaft die Benachteiligten und die immer öfter auch Mittelschicht vernachlässigt, dürften viele zu „Putin-Bewunderern“ mutieren. Je stärker umgekehrt die Inhalte von Freiheit, Demokratieund von deren Zerstörung ins Zentrum einer konkreten Dis­kussion gerückt werden, desto schwieriger wird die Argumentation für diejenigen, die etwa den russischen Angriffskrieg rechtfertigen. Oder umgekehrt: Je schwächer das Freiheitsbewusstsein, desto leichter haben es die Demagogen.

**Die Rolle der Medien**

Hier spielen die Medien, die Art wie sie informieren, und die Inhalte, die sie ver­mitteln, eine Schlüsselrolle. Nur ein kompetenter, rationaler, kritischer Diskurs kann vernünftige demokratische Entscheidungen vorbereiten. Die Entwicklung läuft aber in die Gegenrichtung. Den traditionellen Medien steht immer weniger Geld zur Ver­fü­gung; sie werden je länger, desto härter konkurrenziert durch das Internet, in welchem in weiten Bereichen sachgerechte Kompetenz keine Rolle spielt, sehr wohl aber Umsatzmaximierung dank Emotionalisierung. Der Kampf um Clicks erzeugt eine «Aufmerksamkeitsökonomie» (Jürgen Habermas), die dem demokratischen Diskurs schadet. Information primär über Emotionen zu verbreiten, fördert das «Wutbürger­tum». Eine weitere Gefahr für Demokratie und Freiheit.

Aufgabe der Politik ist es, dieser Problematik gerecht zu werden, indem sie der Ver­breitung von Lügen und Hass Grenzen setzt und Relevanz-orientierte, sach­gerechte, kompetente Berichterstattung fördert. Dies unter anderem mit der Stärkung öffent­licher Medienhäuser, Anbietern von Information, deren Finanzierung nicht primär vom Umsatz abhängt. Aber auch durch Massnahmen, die den privaten Medien Mittel sichern, die sachgerechte, vielfältige Information gewährleisten.

**Beteiligung aller statt Ausschluss vieler**

Unsere Demokratie ist auch anderweitig in Gefahr. Zum Beispiel dadurch, dass ein Viertel unserer Bevölkerung aus «AusländerInnen» besteht, die genau besehen InländerInnen sind und deren Grundrecht auf Partizipation nicht gewährleistet ist. Sie haben kein landesweites Stimm- und Wahlrecht – die Repräsentativität der Demo­kratie nimmt dadurch ab. Mangelnde Partizipation und Ausgrenzung sind aber nicht nur ungerecht, sie beschwören einen gefährlichen Zustand, der für antidemo­kra­tische Parolen empfänglich macht.

Verbunden mit jedem dieser Aspekte geht es auch und zentral um das Schicksals­thema Umwelt. In einer zerstörten Umwelt gibt es kein Überleben. Dieser Frage, die das Leben, die Art des Überlebens unserer Nachfolgegenerationen bestimmt, werden die kurzfristigen politischen Prozesse der meisten Demokratien nicht gerecht. Es ge­schieht nicht, was geschehen muss. Der Leistungsausweis der Demokratien ist ungenügend, der Leistungsausweis der Diktaturen noch viel schlechter. Die Demo­kratie muss ihre Institutionen modernisieren.

Es steht sehr viel auf dem Spiel. In der Ukraine und - in anderer Weise- auch bei uns. Die Politik ist gefordert, sich vor allem um diese grossen Themen zu kümmern statt um unsere möglichst ruhige Existenz als vermeintliche Insulaner. Es geht um die Zukunft in freiheitlicher Selbstbestimmung.

Caspar Selg

April 2023